nen. Hier haben wir in Ostdeutschland ein Instrument entwickelt, das es erlaubt, notwendige Arbeiten beschäftigungswirksam zu fördern und zugleich wettbewerblich zu vergeben, so daß die Durchführung in der Wirtschaft effizient erfolgt und nicht wettbewerbsverzerrend wirkt. Das heißt, hier ist ein Bereich, wo wir in Ostdeutschland im Transformationsprozeß eine neue Entwicklung angeschoben haben, und die müßten wir nun nur einbringen. Das steht für mich als eines der wesentlichen Beispiele, wie aus dem Transformationsprozeß auch für Gesamtdeutschland Dinge entwickelt werden können.

Ein weiterer Bereich, der sehr beachtlich ist, sind die Solidaritätsleistungen, die wir bei den ostdeutschen Lehrern sehen. Sicherlich aus der Not geboren, sind hier die Modelle Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen beispielhaft und sollten auch stärker in Westdeutschland wahrgenommen und möglicherweise auch berücksichtigt werden. Ansonsten wird man da auch ähnliche Probleme in einer Zeit geringer Geburten bekommen.

Also hier eine zentrale Aussage für den Ausblick: Spezifische ostdeutsche Probleme sind hier häufig nur krasser, treten aber auch in Westdeutschland auf. Für diese Probleme muß man dann in ganz Deutschland Lösungsansätze auf der Grundlage unserer Erfahrung formulieren. Das wäre mein Beitrag zum Ausblick.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen herzlichen Dank, das war ein breites Spektrum. Herr Dr. Lubk.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich danke für die Einladung, die gestern zu dieser Beratung an mich ergangen ist, gibt sie doch noch einmal Gelegenheit, auch aus der Kenntnis der beiden letzten Tage, einige Dinge hier darzulegen.

Ich kann nahtlos an die Ausführungen von Herrn Dr. Schmachtenberg anknüpfen, daß es zu den wesentlichen Ergebnissen des Transformationsprozesses gehört, daß in Ostdeutschland nach den Beschäftigungseinbrüchen der Jahre 1991 bis 1993 inzwischen fast das Niveau der Erwerbstätigkeit – wie es in Westdeutschland existiert – erreicht wurde.

Auch die weitgehende Wahrung des sozialen Friedens zählt zu den Ergebnissen eines erfolgreich bewältigten Transformationsprozesses.

Zuzustimmen ist der Feststellung, daß es eine abnehmende Akzeptanz der Parteiendemokratie gibt; dies scheint aber erklärbar, wenn z. B. jede der Parteien mit eigenen Befunden zu den Problemen von Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit aufwartet. Der Bürger scheint es leid zu sein, sich in diesem Gegeneinander noch zurecht zu finden.

Zu den Anmerkungen über die Eigentumsfrage erlaube ich mir den Hinweis, daß auch dies ein Beispiel sein dürfte, bei dem Sachaufklärung dringend notwendig ist. Nach den vorliegenden Analysen des Sächsischen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen häufig nicht, wie allgemein angenommen, um ein West-Ost-Problem,

sondern um ein Problem zwischen Bürgern, die die DDR verlassen hatten und denen die geblieben sind.

Im übrigen sollte man die Bedeutung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ für die Wiederherstellung eines Rechtsbewußtseins nicht unterschätzen.

Standortbestimmung und Ausblick zur Wirtschaft

Als Vertreter eines Ministeriums, in dem Wirtschaft und Arbeit vereint sind, sollen im folgenden der Stand im Transformationsprozeß und Schwerpunkte bzw. Probleme der weiteren Arbeit auf den Gebieten Wirtschaft und Arbeit kurz skizziert werden:

In den neuen Ländern ist zwischen 1991 und 1996 das Bruttoinlandsprodukt real um rund 6,8 % gestiegen. In Sachsen waren es 7,2 %.

1996 war in den neuen Ländern allerdings nur ein Wachstum von 2 % zu verzeichnen, in Sachsen waren es 2,6 %.

Diese Entwicklung kommt nicht unerwartet. Die nachlassenden Impulse aus der Bauwirtschaft, die in Ostdeutschland einen dreimal so hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat wie in Westdeutschland sowie die allgemeinen Konjunkturprobleme in Deutschland und Schwächen ostdeutscher Unternehmen – darauf wurde in der gestrigen Sitzung hingewiesen – ließen dies erwarten.

Der Abstand in der Wirtschaftskraft konnte gegenüber Westdeutschland bisher nur wenig abgebaut werden, ohne das dies die bisherigen Aufbau-Leistungen schmälert.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen beträgt in Sachsen rund 60 % des westdeutschen Niveaus (1995). Im Bundesgebiet Ost sind es nur 57 %. Der Beitrag der neuen Länder zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 9,3 %. Der Bevölkerungsanteil der neuen Länder liegt bei rund 19 %.

Es gibt ein erhebliches Kapitaldefizit in Ostdeutschland. Der Kapitalstock je Einwohner beträgt etwa 50 % des Niveaus in Westdeutschland.

Diese wenigen Werte für zentrale gesamtwirtschaftliche Maßstäbe zeigen in Verbindung mit dem Wissen, daß wir nach der bisherigen Wachstumsdynamik in eine zunehmend labilere Phase kommen, daß Forderungen nach einer Reduzierung der West-Ost-Transferzahlungen zur Förderung von Investitionen oder des Abbaus von Förderpräferenzen für Ostdeutschland der Situation nicht im geringsten angemessen sind.

Notwendigkeit und Umfang der finanziellen Hilfen an die neuen Bundesländer wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit und auch von der westdeutschen Wirtschaftspolitik bisher fast ausschließlich unter dem verteilungspolitisch geprägten Solidaritätsgesichtspunkt gesehen und gewertet. Eine solche Sicht ist verzerrt: